1. JAHRGANG 1969 ERSCHEINT IN BERLIN 10.11.69 NR.5

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

DER KINDERGÄRTNERINNEN - ERZIEHER -JUGENDPFLEGER UND SOZIALARBEITER IN PRAXIS UND AUSBILDUNG UNKOSTENBEITRAG -,50 DM

DIE »demokratische« PRAXIS DER BERLINER SOZIALBÜROKRATIE

Wir Sozialarbeiter müssen die Möglichkeit haben, über Probleme zu diskutieren, die sich uns am Arbeitsplatz stellen. Diese Möglichkeit ist uns außerhalb unseres jeweiligen Amtes fast nur auf Fortbildungsseminaren gegeben. Theoretisch haben wir damit die Chance, in demokratischer Weise Einfluß auf die Gestaltung unseres Arbeitsplatzes zu nehmen.

Das Beispiel eines kürzlich von der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport durchgeführten Seminars zeigt uns, was in der Praxis aus dieser demokratischen Möglichkeit gemacht wird:

Am 21./22. Mai 1969 führte diese Senatsverwaltung in Zusammenarbeit mit der Sozialpädagogischen Fortbildungsstätte Haus am Rupenhorn ein Seminar mit dem Thema "Autoritätsprobleme in der Verwaltung" durch.

Über 15o Sozialarbeiter, Vormünder, Verwaltungsfachkräfte und Abordnungen der PV (Abt. Personal und Verwaltung) nahmen an diesem Seminar teil. Als Diskussionsgrundlage war eine soziologische Analyse von Prof. Hartfiel, Rektor der Pädagogischen Hochschule Berlin, vorgegeben, die in vier Arbeitsgruppen behandelt wurde.

Die in den Arbeitsgruppen erzielten Ergebnisse waren am nächsten Tag Gegenstand einer Podiums- und Plenumsdiskussion. Teilnehmer des Podiums: Vertreter der Senats- und Bezirksverwaltungen und die Berichterstatter der Arbeitsgruppen.

Im Verlauf des 1 1/2 tägigen Seminars wurden Ergebnisse erzielt, die weit über die Hartfiel'sche Analyse hinausgingen, konkrete Mißstände aufdeckten und zu folgenden von allen Teilnehmern formulierten FORDERUNGEN führten:

1. Regelmäßige und umfassende Information der Mitarbeiter über pädagogische, gesellschaftspolitische und verwaltungsinterne Voraussetzungen der sozialen Arbeit.
2. Beteiligung der Sozialarbeiter an der Ausarbeitung von Verwaltungsvorschriften.
3. Kontinuierliche Gespräche zwischen Verwaltungsfachleuten und Sozialarbeitern zur gegenseitigen Information und zum Abbau von Vorurteilen.
4. Partnerschaftliche Arbeit mit dem Klienten
5. Entscheidung der Fachkollegen über den Besuch einzelner Mitarbeiter an Fortbildungsveranstaltungen. Reduzierung des Arbeitspensums, um Möglichkeiten für Information und Fortbildung zu schaffen.
6. Größerer Ermessensspielraum - risikoärmere Ausnutzung und Ermutigung zur intensiven Nutzung vorhandener Ermessensspielräume.
7. Neufassung der Disziplinarordnung, um Experimentierfreudigkeit und soziale Phantasie nicht weiterhin zu gefährden.
8. Wahl (und Abwahl) leitender Mitarbeiter. Schaffung von Arbeitsteams.
9. Umorganisation des Jugendamtes nach fachlichen Erfordernissen.
10. Abbau der Ämterpatronage.

11. Abbau des anachronistischen Beamtenstatus.

12. Schluß mit der Verflechtung von Exekutive und Legislative durch Ämterhäufung.

Wie reagierten die Senatsvertreter auf diese längst überfälligen Forderungen der Betroffenen ?

Zuerst wurden sie ärgerlich und aggressiv. Dann drängten sie die Diskussion auf nebensächliche Fragen ab, um von den entscheidenden Forderungen abzulenken. Diskussionsbeiträge zu Forderungen mit gesellschaftspolitischen Konsequenzenwurden abgewürgt, mit dem einfachen Hinweis auf bestehende rechtliche Bestimmungen, die den Vertretern der Verwaltungals naturgegeben und auf ewige Zeiten unabänderlich zu sein scheinen. Sie versuchten, den für jeden sichtbar gewordenen Konflikt durch Harmonisierung und Beschwichtigung zu verdecken. (Zitat des Diskussionsleiters: "Wir freuen uns, mit so vielen neuen Ideeens konfrontiert zu werden, wir lieben heiße und scharfe Diskussionen".)

Am Ende der Tagung waren sich jedoch alle Teilnehmen darin einig, nicht nur mit schönen Worten in Ohr auseinanderzugehen, sondern in einer Kontrolltagungzur überprüfen, ob dieses Seminar Auswirkungen gehabt hat.

Am 3o.7.69 erhielten alle Teilnehmer ein Protokoll mit folgendem Anschreiben:

Senatsverwaltung für Familie
Jugend und Sport

1 Berlin 3o, d.

Betr.: Protokoll des Fortbildungsseminars "Autoritätsprobleme in der Verwaltung" am 21./22. Mai 1969

Sehr geehrte Damen und Herren !

Am 21./22. Mai 1969 hat das Referat Jugendförderung/Politische Bildung der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport in Verbindung mit der Spzialpädagogischen Fortbildungsstätte Haus am Rupenhorn eine Tagung über Autoritätsprobleme in der Verwaltung durchgeführt, deren Protokoll Sie in der Anlage erhalten.

Im Verlaufe der eineinhalb Tage kristalliesierten sich eine Reihe von Forderungen und Wünschen heraus, die im wesentlichen von allen Teilnehmern unterstrichen wurden:

(Es folgen die bereits zuvor genannten 12 Punkte...)

Die Tagung sollte nicht nur dazu dienen, Autoritätsprobleme in der Verwaltung aufzuzeigen, sondern gleichzeitig dazu, Impulse zu geben, um einige Probleme konkret anzupacken. Vorgeschlagen wurde die Einrichtung zweier Arbeitsgruppen, von denen eine sich mit der Formulierungkonkreter Vorschläge über die Verbesserung der Informationspolitik beschäftigen soll, die andere mit der Frage, unter welchen Voraussetzungenn und Bedingungen eine progressive Jugendverwaltung gesellschaftspolitisch notwendige Veränderungen bewirken kann.

Die Veranstalter versprachen, daß über die Auswertung und die Impulse dieses Seminars zu einem späteren Zeitpunkt eine Kontrolltagung durchgeführt wird.

Uta Denzin Dr. A. Kosmale J. Schroer

Außerdem wurde das Protokoll mit dem Anschreiben und dem zusätzlich separat beigefügten 12 Punkten laut Verteiler an folgende Stellen verschickt:

Verteiler:

Senator
Senatsdirektor
Abteilungsleiter
Bürodirektor
Referatsleiter
Bezirksämter von Berlin, Abt. Jugend und Sport
Bezirksstadträte
Bezirksjugendpfleger
Leitende Fürsorger
Sozialpädagogische Fortbildungsstätte Haus Koserstraße
Internationale Begegnungsstätte Jagdschloß Glienicke

Einige dieser Stellen wurden beim Lesen der 12 Punkte (s.o.) recht unruhig. Offenbar hielten sie die kritischen Forderungen der Sozialarbeiter, Vormünder, und der Verwaltungsfachkräfte für die neuen Verwaltungsrichtlinien Berlins. Es heißt, daß bei der Senatsverwaltung mehrere dahingehende entsetzte Anfragen eingingen. Konnten doch Forderungen nach Demokratisierung der Verwaltung nicht auch noch von der Senatsspitze übernommen werden. !

Senator KÜRBER - mittlerweile unterrichtet - beeilte sich dann auch, die Gleichgewichtsstörungen in der Sozialbürokratie wieder ins Senatsgleichgewicht zu bringen.

An alle Verteileradressaten ging folgende Direktive:

Der Senator
für Familie, Jugend und Sport

1 Berlin 3o, d. 14.8.69
Am Karlsbad 8-1o

An die Damen und Herren Bezirksstadträte der Bezirksämter von Berlin, Abt. Jugend und Sport

die Leiter der Ämter III und IV der Bezirksämter von Berlin, Abt. Jugend und Sport

die Teilnehmer des Seminars und der Podiumsdiskussion vom 21. und 22. Mai 1969

Sehr geehrte Damen und Herren !

Das Protokoll des Fortbildungsseminars vom 21. und 22. Mai 69 über "Autoritätsprobleme in der Verwaltung" wurde mit einem Anschreiben versandt, in das versehentlich Teile eines innerdienstlichen Vermerks übernommen worden sind.

Ich bitte Sie daher, das Anschreiben vom 3o.7.69 als gegenstandslos zu betrachten und zu vernichten.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß ich es zwar für legitim und richtig halte, Fortbildungsveranstaltungen mit derartiger Themenstellung durchzuführen, die dabei zum Ausdruck gekommenen Ansichten selbstverständlich jedoch schon aufgrund rechtlicher Bestimmungen nicht Ansicht der Verwaltung sein können.

Hochachtungsvoll
KORBER

Hiernach war von der Kontrolltagung keine Rede mehr. Und als sich Teilnehmer des Seminars nach der Konstituierung der geplanten Arbeitsgruppen erkundigten, wurde ihnen erklärt: Über diese Sache müsse erst einmal Gras wachsen. Offensichtlich hatte der Druck von oben gewirkt. Die Initiative der Sozialarbeiter, Vormünder und Verwaltungsfachkräften zur Demokratisierung der Verwaltung sollte folgenlos gemacht werden.

WELCHE FOLGERUNGEN KÖNNEN WIR AUS DIESEN ERFAHRUNGEN ZIEHEN ?

Die Veranstalter hatten dem Seminar einen liberalen Anstrich gegeben:

Es sollten dort sogar Mißstände in der Sozialverwaltung erörtert werden. Vielleicht sogar weitergehender als bei früheren Tagungen. Eine Kritik, die sich in technische Reformen ummünzen, aber die Herrschaftsverhältnisse unberührt ließ, war willkommen. Jede weitergehende Kritik, wie der Forderungkatalog der Sozialarbeiter, Vormünder, Verwaltungsfachkräften, sprengte diesen Rahmen und wurde von der Verwaltung abgewehrt - wie die Ablenkungs- und Beschwichtigungsmanöver zeigen.

Die Teilnehmer blieben aber nicht bei den verbalen Forderungen stehen - Forderungen, die für sie längst überfällig, für die Verwaltung aber immer noch provozierend und "aufrührerisch" sind. Sie organisierten sich in Arbeitsgruppen und beschlossen eine Kontrolltagung, um ihre Forderungen in die Praxis umzusetzen. Damit hatten sie den ersten Schritt zur Demokratiesierung der Verwaltung getan. Denn Demokratisierung heißt hier nichts anderes als daß sich die Sozialarbeiter mit den Anweisungen von O B E N nicht einfach zufrieden geben, sondern sich organisieren und ihre Arbeitsbedingungen verantwortlich selbst bestimmen.

Und wie reagiert die Verwaltungsspitze ?

Der Senator für Familie, Jugend und Sport zieht sich - lediglich zugunsten der eigenen Position - auf ein Recht zurück, dessen Berechtigung er gar nicht untersuchen will. Inhaltliche Forderungen degradiert er zu "innerdienstlichen Vermerken" und läßt sie "vernichten".

Daraus können wir lernen :

Wenn wir heute die antidemokratischen Machenschaften gegen die mehrheitlich beschlossene und legale Kontrolltagung dulden, werden wir in Zukunft dieser Verwaltung ohne Möglichkeiten zur Kritik und Veränderung ausgeliefert sein.

Deshalb gilt: **WIR FORDERN DIE KONTROLLTAGUNG**

DIE STAFFELBERG-REVOLTE

In der Nähe des hessischen Ortes Biedenkopf (75 ooo Einwohner) liegt Staffelberg, ein Erziehungsheim für männliche Jugendliche. Träger des Heimes ist der Landeswohlfahrtsverband Hessen, Hauptverwaltung Kassel. "Staffelberg" gilt als Musterheim. Die Bevölkerung Biedenkopfs betrachtet das Heim als eine Hochburg für Kriminelle.

Wie sieht das pädagogische Selbstverständnis von Staffelberg aus?

Erste Auskunft gibt darüber die Heimordnung:

"Mit der Einweisung in unser Heim beginnt ein neuer Abschnitt Lebens. Ziel ist deine charakterliche und berufliche Ertüchtigung. Wir sind sicher, daß du bei uns eine fruchtbare und schöne Zeit verbringst, an die du später gerne zurückdenken wirst.

Begegnung:

Wir werden dich achten und schätzen lernen und bemüht sein mit dir in ein echtes Gespräch zu kommen. Wenn dich deine Erzieher beraten, denke darüber nach und vergiß nicht, daß sie dir an Erfahrung und Reife viel voraus haben.

Krisen:

Es wird dir nicht immer leicht fallen, den gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Beweise Mut und weiche nicht aus. Zeige dich mannhaft und diszipliniert, auch wenn es dir einmal schwer fallen sollte.

Bewährung:

Du wirst anfangs in deiner äußeren Freiheit etwas eingeengt werden. Du darfst dabei aber versichert sein, daß wir dir nach und nach den Spielraum geben werden, für den du reif geworden bist.

Fairness:

Ein harmonisches Zusammenleben in einer großen Gemeinschaft erfordert von jedem Einzelnen besondere Rücksichtnahmen, Hilfsbereitschaft und Kameradschaftlichkeit. Im Umgang miteinander wollen wir es an Höflichkeit und Freundlichkeit nicht fehlen lassen. Dein Gruß soll offen und korrekt sein.

Sauberkeit:

Ein schönes Heim soll gepflegt sein. Hilf auch du mit, Räumlichkeiten und Anlagen sauberzuhalten. Das gleiche gilt auch für die Sauberkeit deines Körpers und der Kleidung.

Männlichkeit:

Echte Männlichkeit drückt sich nicht im Kraftprotzen und mutwilligen Zerstören oder im ungestümen Verlangen nach Genußmitteln aus, sondern in Selbstbeherrschung und Maßhalten. Übe Selbstdisziplin und füge dich Einschränkungen, die dir auferlegt werden.

Berufsausbildung:

Unser Heim verfügt über vielfältige Einrichtungen für ein frohes und bereicherndes Tun in der freien Zeit. Neben den verschiedenen Gruppenveranstaltungen werden dir auch Interessenclubs, Anregungen und Möglichkeit für die Ausübung und Pflege deines Hobbys gegeben.

Eltern und Angehörige:

Wir begrüßen, wenn wir mit deinen Angehörigen in Kontakt kommen. Pflege gute Beziehungen zu ihnen !
Einen regen Briefwechsel werden wir unterstützen. Für versteckte und heimliche Geldsendungen, haben wir allerdings kein Verständnis. Auf Unredlichkeit und Heimlichtuerei läßt sich kein Vertrauensverhältnis aufbauen.

Ausgang:

Du wirst Gelegenheit haben, mit der Bevölkerung des Kreises Biedenkopf in Kontakt zu kommen. Wir erwarten von dir, daß du dich in deinem Ausgang vorbildlich benimmst."

Wer muß mit dieser Heimordnung arbeiten ?

Einmal die Erzieher. "Das sind durchweg Männer aus anderen Berufen, die vom Landeswohlfahrtsverband in einem 1/4 Jahreskurs "pädagogisch" ausgebildet, schlecht bezahlt werden (aber damit den sicheren Staatsdienst erreichen), und die nun aus den ihnen anvertrauten Jugendlichen

mit geläufigen Methoden, die sie wahrscheinlich im eigenen Leben erfahren haben, "nützliche Mitglieder der Gesellschaft machen". Zum anderen sind es die Ausbilder in den Lehrlingswerkstätten - "reine Facherzieher ohne pädagogische Ausbildung beziehungsweise Anleitung". Für jeden Berufszweig ist ein Meister vorhanden. 80 % der heiminternen (pädagogischen) Erzieher sind ehemalige Fernfahrer, Schlosser, Bergarbeiter usw. Besonderen Zufluß bekam das Kollegium aus Kreisen der Biedenkopfer Handwerkerschaft während der Wirtschaftsrezession 66/67. Diese Leute beginnen ihre Arbeit ohne Ausbildung auf dem Staffelberg. Kurse finden nur statt, wenn der Dienstplan es ermöglicht, und auch dann nur tagweise. Die Kurse sind Schulklassen; die Bücher werden nicht gelesen. Aufgaben, wie Aktenauszüge und Berichte, die zum Schulunterricht gehören, werden dann von Praktikanten ausgeführt, die sich bei den Erziehern lieb Kind machen wollen. Am Ende der "Ausbildung" steht ein Besinnungsaufsatz. Die Vorteile dieser Tätigkeit: Billige Dienstwohnungen und ein fast unkündbares Angestelltenverhältnis."

Wie sieht der Tagesablauf im Heim aus ?

6 Uhr: Aufstehen - Hausputz, 6 ^{50}: Abmarsch zum Frühstück, 7 ^{35}: Antreten zur Übergabe der Jugendlichen an die Arbeitserzieher. Dabei Appel und Moralpredigt des Erziehungsleiters. Wer vor dem Abmarsch in den Werkstätten raucht, wird mit 5.- DM (fünf) oder Ausgangssperre am Sonntag bestraft. 12 bis 13 Uhr Mittagspause. Dann Weiterarbeit bis 17 Uhr. Vorher Werkstatt- dann Selbstreinigung. 17 ^{55}: Abendessen. dann geht jeder zu seiner Gruppe. 18 ^{55}: Öffnung der Clubs (Sport, Tischtennis, Foto, Chor). Jeder Jugendliche muß mindestens einmal in der Woche einen Club besuchen.

Sonstige Freizeitgestaltung: Fernsehen, freier Auslauf im Heimgelände, Kartenspielen, Tischtennisspielen, Tischfußball.

21 ^{15}: nochmaliger Hausputz, 22 Uhr Bettruhe.

Was geschieht in der geschlossenen Abteilung ?

Die Jugendlichen , die wegen Abhauens oder eines schwebenden Verfahrens besonders "auffällig " sind, werden häufig bis zur Entlassung bzw. Verlegung in eine Jugendstrafanstalt dort untergebracht. Diese Abteilung hat Gefängnisartigen Charakter. Die Fenster sind zugeschraubt und mit Panzerglas versehen. Als Toilette dient ein Eimer. Gearbeitet wird in einer Werkstatt, in der nach Aufträgen der nahegelegenen Lahnwerke Autofedern prodoziert werden. "Bei der Arbeit wird nicht auf Produktivität geachtet". Verlangen die Lahnwerke mehr Autofedern, wird die Produktivität durch Ausgabe von Zigaretten gesteigert.

In der geschlossenen Abteilung bestehen außerdem noch zwei Karzer ! Die Fenster sind mit Gittern versehen, die Türen haben Spione zur Beobachtung der Jugendlichen. Bei Vergehen, wie Diebstählen, wird der Jugendliche in diesem Karzer eingeschlossen. Die Dauer des Aufenthaltskann maximal 12 Tage dauern. Der Junge hat im Karzer einen Besinnungsaufsatz zu schreiben; als Literatur ist nur die Bibel zugängig.

Vorbereitung der Sozialen Aktion Staffelberg

Ehemalige Fürsorgezöglinge, die nach ihrer Entlassung den Widerspruch erlebten zwischen der beruflichen Ausbildung durch das Heim (zum Schlosser, Schreiner, Gärtner) und den tatsächlichen Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft, suchten nach Möglichkeiten der Verbesserungen für die noch im Heim Verbliebenen.

Die Entlassenen organisierten sich zu einer "Kampfgruppe ehemaliger Fürsorgezöglinge", verbündeten sich mit der Lehrlings-Basisgruppe Sachsenhausen (Frankfurt) und planten die SOZIALE AKTION STAFFELBERG. Zweihundert Lehrlinge, ehemalige Fürsorge"zöglinge" und Studenten besuchten Ende Juni 69 das Erziehungsheim, um mit Heimleitung und Insassen über Verbesserungen zu diskutieren.

Auf Anforderung des Leiters, Direktor C. Böcker wurden 60 Polizisten zum Schutz des Heimes abgestellt. Während der dreistündigen, sehr sachlich geführten Diskussion, kam die Polizei nicht zum Eingreifen. Ohne Zögern begann ein Teach-in. Von Sprechern der Basisgruppen wurde eine Studie über Heimerziehung (aufgrund sorgfältiger Recherchen) verlesen. Dann folgte ein Katalog mit präzisen Forderungen:

Der Dezernent für Erziehungsfragen im Landeswohlfahrtsverband Kassel Dr.L. Deutsch und Heimleiter C.Böcker machten Zugeständnisse: Der Karzer soll nicht mehr benutzt werden, der Entzug des ohnehin schon knappen Taschengledes von höchstens 5.- DM (fünf) in der Woche als Strafe soll der Vergangenheit angehören. Dieses Zugeständnis beruhte auf der Argumentation der Aktionsgruppe, daß Jugendliche, denen das Taschengeld entzogen wird, während ihres Ausgangs in Versuchung kommen könnten, Automaten zu knacken.

Um die geschickte Argumentation zu verdeutlichen, mit der die Durchsetzung einiger Forderungen erreicht wurde, bringen wir exemplarisch einige Beispiele aus dem Teach-in:

"Es wird der Vorschlag gemacht, die Karzerscheiben symbolisch einzuschmeißen. Da würde ich corschlagen, daß irgendein Heimleiter einen Glaser holt und der ganz schön säuberlich die Scheiben rausholt, und die Leute haben der Beweis, daß der Karzer nicht mehr gebraucht werden soll.

Zuhörer: Und die Gitter rausreißt. Und einen Schlosser holt und das Türschloß ausbaut.

Heimleiter: (Böcker) : Sie werden verstehen, daß diesem Vorschlag nicht stattgegeben werden kann.

Zuhörer: Vielleicht können sie noch kurz erklären, warum das nicht geht.

Heimleiter: Ich kann hier weder selber Sachbeschädigungen vornehmen noch kann ich zulassen, daß Sachbeschädigungen unter welcher Motivation auch immer von ihnen hier im Heim vorgenommen werden.

Zuhörer: Es ist vorgeschlagen worden, ich bitte sie da genau zuzuhören, es ist vorgeschlagen worden, unter Umgehung der Sachbeschädigung fein säuberlich die Scheibe herauszunehmen und die Gitter herauszutrennen, damit einfach das offene Loch da ist, damit man sieht, da ist kein Karzer mehr. Das ist keine Sachbeschädigung.

Heimleiter: Dieser Vorschlag wird abgelehnt.

Redner: Wir können das hier gleich vollziehen, das wird aber wahrscheinlich einige Festnahmen geben. Es ist besser, daß wir hier ganz einfach ein Ultimatum stellen, daß er Zeit hat, sich in Ruhe darüber klar zu werden und die Fenster und die Gitter ausbaut und daß wir dann zurückkommen ohne Ankündigung nach Ablauf dieser Frist und daß er dann keine Polizei im Rücken hat.

Heimleiter: Am Montagabend ist das erledigt. Montagabend kommen die Jugendlichen raus, aber jetzt nicht. Montagabend wird das erledigt."

Weiteres Beispiel:

"Heimleiter: Wenn sie die Forderung erheben, daß das Heim Tag und Nacht geöffnet sein soll und Mädchen rein und raus können, dann ist das für uns kein Punkt der Diskussion.

Insasse: Mädchen dürfen hier nicht ins Haus und die Jungen gehen dann mit ihnen in den Wald.

Heimleiter: Zu dem Punkt des Geschlechtsverkehrs als Antwort

von mir: Ich halte es für unmöglich, daß soetwas im Heim offiziell gestattet wird. (Zurufe: Das sind doch die normalsten Bedürfnisse. Ein Mädchen: Ist der Geschlechtsverkehr etwa auch eine kriminelle Handlung?)Wenn sie hiermit auf die Gesellschaftsordnung und die sittlichen Werte ganz allgemein anspielen, glaube ich nicht, daß eine Diskussion über diese Dinge fruchtbar sein wird."

Weiteres Beispiel:

"Frage: Gibt es hier einen Klub für politische Bildung ?
Insasse: Der existiert kaum noch. Ein Witz ist das ! Politische Bildung, da werden Filme gezeigt: Krieg, Krieg und nochmal Krieg. Von dem, was wirklich draußen passiert, erfährt man überhaupt nichts. Mittags kommt die Zeitung, die nimmt der Erzieher mit und ab und zu nimmt sie auch einmal einer von uns mit, und dann sehen wir nur, was mit dem Sport ist.
Frage: Könnt ihr bei der Heimleitung nicht durchsetzen, daß sich das ändert ?
Insasse: Die sagen: Was brauchen wir denen zu erzählen, was draußen passiert, denen erzählen wir, was vor ein paar Jahren passiert ist, das trichtern wir denen ein."

Nur wenige der im Teach-in vorgebrachten Forderungen wurden seitens der Heimleitung akzeptiert. Man versprach jedoch die Erfüllung einiger Forderungen, "natürlich erst nach Rücksprache mit dem Landeswohlfahrtsverband".

Da die Basisgruppe wegen ihrer Auflösung keine Gewähr dafür bieten konnte, daß die noch ausstehende Erfüllung der Forderungen der Aktionsgruppe realisiert werden, entschlossen sich ca. 30 Heiminsassen außerhalb des Heimes zur Durchsetzung ihrer Forderungen Verbündete zu suchen. Einen Tag nach dem Teach-in verließen sie das Heim und erklärten ihre "Abreise"als Streik, bis die aufgestellten Forderungen erfüllt seien.

Der Landeswohlfahrtsverband reagierte mit polizeilicher Fahndung. Herbert FALLER, der Frankfurter Jugendamtsleiter telefonierte daraufhin mit SPD-Mitgliedern des LWV und ersuchte sie, die Fahndung rückgängig zu machen. Vergeblich. Die Sozialdemokraten erklärten: "Wir sind nach dem Gesetz verpflichtet, den Verbleib der Jugendlichen im Einweisungsheim sicherzustellen . . . "
Man hat Geld in eine solche Anlage investiert und damit ist einer "fortschrittlichen Sozialpolitik" Genüge geleistet.

Aber es bleibt auch festzustellen: Bei einer Diskussion über die SOZIALE AKTION STAFFELBERG, die in der Frankfurter HFS (Höhere Fachschule für Sozialarbeit) stattfand, meldet sich auf die Frage, wer nach Abschluß der Ausbildung als Erzieher in ein solches Erziehungsheim gehen werde, - n i e m a n d.

Aber die etwa 40 Lehrlinge ohne Lehrstelle, ohne Wohnung, die seit Wochen illegal in Frankfurt leben, machten nachhaltig darauf aufmerksam, daß die "Aktion Staffelberg" ungelöste Folgeprobleme mit sich gebracht hat. Kurzfristig, doch zunächst ohne verändernde Wirkung, war eine ohnehin beschränkte Öffentlichkeit durch eine gezielte Aktion mit der pädagogischen und sozialen Misere in hessischen Erziehungsheimen konfrontiert worden. Forderungen wurden manifestiert, aber praktisch geschah zunächst nichts. Ausgenommen : etwa 40 Jungen, veranlaßt durch diese Aktion, entzogen sich den Erziehungsheimen. (Sie erklärten zunächst: "Wir betrachten das als Streik, bis unsere Forderungen durchgesetzt sind.") Sie hielten sich seitdem in Frankfurt am Main auf. Gewiß. Genossen des SDS hatten sich ihrer angenommen, beherbergten sie in ihren Zimmern, in Kommunen und auch in Studentenwohnheimen, teilten ihr bescheidenes Unterhaltsgeld mit ihnen, sammelten, damit etwas zu essen da war. Doch da waren auch Fahndungsbefehle; da gab es keine"Papiere" als Voraussetzung von Arbeitsbeschaffung; da wurde es langsam zu eng in den provisorischen Unterkünften; da lockte der Haschisch-Markt mit lukrativen Einkünften; da drohte die Gefahr einer Kriminalisierung.

Der Frankfurter Jugendamtsleiter Herbert Faller hatte seit einiger Zeit Verbindung mit Sprechern der Heimflüchtlinge aufgenommen. Zunächst ging es um die Aufhebung der Fahndungsbefehle. Der hess. Minister für Arbeit und Soziales, Aufsichtsorgan des Heimträgers, des Landeswohlfahrtsverbandes, reagierte anfangs bürokratisch, etwa so: "Erst müssen sie zurück in die Heime, dann kann man weitersehen ... Schließlich können wir unsere Fürsorgepflicht nicht ad absurdum führen. Es handelt sich zudem um richterliche Einweisungsbeschlüsse..." Doch der Druck einiger linker Sozialdemokraten mit Funktionen in Sozialbehörden der unteren Ebene und die Argumente linker Sozialarbeiter waren beharrlich. Zudem wollten die Heime die "Aufrührer gar nicht mehr zurückhaben. Außerdem bot der Leiter des Pädagogischen Seminars der Frankfurter Universität, Prof. Mollenhauer, seine Mitarbeit bei der Konzipierung und Ausführung eines experimentellen Wohngruppenmodells für die ehemaligen "Heiminsassen" an. Der Minister und sein Landeswohlfahrtsverband stellten allmählich ihren Widerstand ein und gaben schließlich eine skeptische Billigung für eine"progressive Lösung des Falls".

Der "Verein für Arbeits- und Erziehungshilfe", dem Faller als geschäftsführendes Vorstandsmitglied angehört, mietete, nachdem man höheren Ortes grünes Licht gegeben hatte, zwei leere Häuser im Frankfurter Stadtteil Westend. Vorher war zwar versucht worden, einzelne Wohnungen zu bekommen, aber die Hauseigentümer, darunter soziale Wohnungsbaugesellschaften, legten sich, nachdem sie erfuhren, um wen es sich handelte, "mit Rücksicht auf die anderen Mieter" quer.
In den jetzt zur Verfügung stehenden Häusern bilden die Jungen - der Gruppe gehören altersmäßig 14- bis 19jährige an - in freier Wahl Wohngemeinschaften, oder um einem speziellen Sprachgebrauch zu folgen: Wohnkollektive. Sie erhalten Einrichtungsgeld, um die Räume nach eigenem Geschmack herzurichten. Übergangsweise wird ein monatliches Taschengeld von pro Kopf 45.- DM gezahlt. Die Jungen wählten bereits ein Kommitee, das u.a. ein dem Heimpflegesatz des Landeswohlfahrtsverbandes entsprechendes Wirtschaftsgeld erhält. Damit müssen die Kosten für Wäschereinigung, für Frühstück, Abendessen und andere Nebenkosten bestritten werden. Kommitee und Kollektive haben selbst die Verantwortung, dafür Regelungen zu vereinbaren.

Als nächster Schritt wurde die Berufsberatung des Arbeitsamtes eingeschaltet. Wie berichtet, bestanden in den Erziehungsheimen in der Provinz nur äußerst beschränkte Ausbildungsmöglichkeiten (für Schreiner, Bäcker, Schlosser etc.). Nunmehr sind auch Berufe in der Frankfurter Industrie mit Qualifikationsmöglichkeiten zugänglich. Die Ausbildung soll in gut geleiteten Lehrlingswerkstätten stattfinden. Soweit die materielle Lösung des Problems.

Es ist naheliegend, daß parallel dazu eine sozialpädagogische Hilfe entwickelt werden mußte, die weder die Eigenverantwortung einschränkt, noch dilettantisch-idealistisch angelegt sein darf. Es darf nicht vergessen werden: diese Jungen kommen in der Regel aus sozial und psychisch gestörten Familienverhältnissen und haben in den Heimen anschließend eine repressive, also eine zwangshafte Erziehung erfahren. Die Rebellion und die Flucht haben ihre Persönlichkeitsstruktur nicht sofort oder generell verändert; der Sprung aus der verwalteten Unfreiheit in eine bedingte anarchistische Freiheit bringt nicht ohne weiteres persönliche und gesellschaftliche Verantwortungsfähigkeit, sondern zunächst nur, was nicht als gering angesehen werden

soll, eine Solidarisierung aus der Not der Stunde. Eine von den Jungen angenommene und für sie jederzeit erreichbare, qualifizierte sozialpädagogische Hilfe ist deshalb bei diesem Experiment unerläßlich. Diese Hilfe konnte und sollte sich nicht in amtlich verordneten Erziehern verkörpern. In die Wohnkollektive ziehen deshalb fünf von den Jungen akzeptierte Studenten des Pädagogischen Seminars mit ein, die so zugleich wissenschaftliche Theorie und experimentelle Praxis miteinander verbinden können. Zusätzlich arbeiten, allerdings außerhalb der Häuser wohnend, zwei Sozialarbeiterinnen mit hauswirtschaftlichen Erfahrungen beratend mit. Diese Helfer bilden, neben dem Komitee der Jungen, eine selbständige Arbeitsgruppe. Hinzu kommt, unter Leitung von Prof. Mollenhauer, ein 5köpfiger wissenschaftlicher Beirat für dieses Sozialexperiment. Die Gesamtverantwortung schließlich ist einem Gremium übertragen, dem das Komitee der Jungen, die Arbeitsgruppe der sozialpädagogischen Helfer und der Beirat mit Drittelparität angehören.

Was hier entwickelt wurde, kann vielleicht Modellcharakter gewinnen.

Es ist aber fast allen Beteiligten klar, daß damit die weiter fortbestehende miserable Situation in den Erziehungsheimen unmittelbar nicht im geringsten verändert wird. Zwar sind diese Heime in ihrer Anlage und Struktur, gemessen an den Erkenntnissen der wissenschaftlichen, pädagogischen und sozialen Forschung anachronistisch, keineswegs überholt aber sind sie in ihrer Funktion für eine kapitalistische, repressive Gesellschaft. Der Ausbruch einer kleinen Gruppe Jugendlicher, ihre Flucht als Folge der Staffelberg-Aktion und das dadurch ausgelöste, hier aufgezeichnete Sozialexperiment können jedoch dazu beitragen, die Kontraste schärfer zu zeichnen, den Konflikt und seine Hintergründe sichtbarer zu machen.

Nun wird in bestimmten sozialistischen Kreisen der Vorwurf erhoben, daß auch hier wieder einmal eine verschleierte Integration praktiziert würde. Dementgegen muß aber gefragt werden, ob hier nicht durch die sichtbar zu machende Kontrastierung zwischen den Heimen und dieser neuen Lösung und als Teil einer langfristigen Strategie, die auch hier unerläßlich ist, die Widersprüchlichkeiten des Sozialsystems progressiv genutzt wurden. Was anders kann z.B. kritischen Sozialarbeitern als Arbeitsansatz in einer nicht revolutionären Gesellschaftssituation und als Zwischenziel ihrer Forderungen empfohlen werden ?

Nichts steht dagegen, wenn sozialistische Gruppen aufklärend und schulend mit den Jungen im Wohnkollektiv weiterhin eng zusammenarbeiten. Aber zugleich sollte beachtet werden, daß dieses Kollektiv selbst nicht mehr unmittelbar als Ausgangsbasis, als pressuregroup weiterer Aktionen gegen die Erziehungsheime genutzt werden kann. Das würde unter den gegebenen Umständen die amtliche Beendigung des Experimentes bedeuten. Aus einer Aktionsgruppe früherer Erziehungszöglinge wurde hier eine Projektgruppe, deren Arbeitserfolg den außerhalb weiterhin operierenden Genossen überzeugende Argumente geben kann, was wiederum voraussetzt, daß das Projekt selbst ernsthaft durchgehalten wird.

(Diese Darstellung ist zum Teil entnommen aus den Zeitschriften links, konkret, DER FRANKFURTER RUNDSCHAU und einer Dokumentation der Jugendlichen selbst.

die Redaktion

schwarze listen beim personalrat

Wir wissen, daß bei den Personalverwaltungen (PV) Listen existieren, die verhindern sollen, daß unbequeme "Mitarbeiter" eingestellt werden. Bewerbungen werden von vornherein ohne den rechtmäßigen Weg einzuhalten, abgelehnt. Es ist z.B. vorgeschrieben, daß der Personalrat bei Gesprächen mit Bewerbern zu beteiligen ist. (Personalvertretungsgesetz § 55, Abs. 2).

Hierzu hat der Senator für Inneres in seinem Rundschreiben II Nr. 31/1969 vom 13. Juni folgendes ausgeführt:

Betr. : Personalvertretungsgesetz;
hier : Beteiligung des Personalrats an Gesprächen mit Bewerbern

Es haben sich verschiedentlich Zweifel darüber ergeben, ob der Personalrat ein Recht darauf hat, auch an Gesprächen mit Bewerbern beteiligt zu werden, die der Feststellung der Eignung dienen. Hierzu weise ich auf folgendes hin:

Nach § 55 Abs. 2 PersVG hat die Dienststelle dem Personalrat sämtliche zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Damit können aber nicht nur die schriftlichen Unterlagen gemeint sein. Vielmehr muß § 55 Abs. 2 PersVG dahin ausgelegt werden, daß darunter alle Informationsquellen und -möglichkeiten fallen, die der Dienststelle zugänglich und für die Entscheidung über die Auswahl des Bewerbers von Bedeutung sind, wie z.B. Eignungsgespräche. Allein diese Auslegung entspricht auch der Forderung des § 54 Abs. 1 PersVG, wonach Dienststelle und Personalvertretung im Rahmen der Gesetze und Tarifverträge zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben und zum Wohle der Dienstkräfte vertrauensvoll zusammenzuarbeiten haben.

Auch Besuche und Gespräche von Bewerbern beim Personalleiter gehören daher zu den Unterlagen im Sinne des § 55 Abs. 2 PersVG, wenn diese Besuche und Gespräche für die Entscheidung über die Einstellung bedeutsam und nicht nur ein Akt der Höflichkeit sind, wie z.B. der Empfang eines Bewerbers, dessen Einstellung ausschließlich von dem Ergebnis einer Eignungsprüfung abhängt. In allen anderen Fällen müssen dieselben Informationsquellen, die sich der Personalleiter als Grundlage für seine Entscheidung verschafft, auch dem Personalrat zugänglich gemacht werden. Bei Einstellungsgesprächen kann dies nur in der Form geschehen, daß ein Mitglied des Personalrats an diesen Gesprächen teilnimmt.

Wir werden diese Informationen über die rechtlichen Möglichkeiten in den folgenden Ausgaben der SPK fortsetzen. Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um wirkungsvoll innerhalb der Institutionen arbeiten zu können.

Wir bitten alle Kollegen uns bei dieser Arbeit zu unterstützen. Schreibt uns, welche Materialien wir Euch in die Hand geben sollen und unterrichtet uns, wenn nicht nach den Vorschriften verfahren wird. Selbstverständlich werden alle Mitteilungen vertraulich behandelt.

Bericht einer Praktikantin

Mein 1. Schulpraktikum wollte ich bei den Außenseitern der Gesellschaft machen. Ich bewarb mich im Erziehungsheim Haus Konradshöhe, um die Probleme der von der Gesellschaft isolierten Mädchen kennenzulernen. Nach einer langen Fahrt durch Tegels Walddistrikte kam ich nach Konradshöhe, 35 km vom Ku'damm entfernt, in eines der vornehmsten Villenviertel Berlins. Ich war erstaunt, daß die Ausgestoßenen des Weddingx oder von Neukölln oder Kreuzberg nun im Garten Eden zur Bewältigung ihres Milieus gebracht werden sollten.

Haus Konradshöhe - ein Riesenbaukomplex inmitten eines parkartigen Gartens. Hier ist auch an alles gedacht: lauschiger Hügel mit Schaukel, Rollschuhbahn, umrankte Bänke, Sportplatz, modernes Schulgebäude mit Turnhalle, Schwimmhalle, Rasen und Obstplantagen sowie Blumen zbd Gemüsebeete.

Auf dem Grundstück sind neben Kindern ca. 70 Mädchen im Alter von 12 - 18 Jahren in einem geschlossenen Heim zur Erziehung untergebracht; eingewiesen von den Sozialarbeitern der Jugendämter Berlins. Das Haus wird von Hiltruper Ordensschwestern im Alter zwischen 60 und 70 Jahren geführt und bewirtschaftet. Träger ist der Sozialbund kath. Frauen Dortmund; die Heimaufsicht wurde dem Caritasverband Berlin übertragen.

Die Mädchen werden zum größten Teil wegen Schul- oder Arbeitsbummelei, gekoppelt mit drohender sexueller Verwahrlosung eingewiesen.

Wie aber versucht man in Konradshöhe zu erziehen ? Das Hauptziel ist die Gewöhnung an Arbeit.

Welche Arbeit können die Mädchen verrichten ?
Sie können ein Haushaltsjahr - Vorbedingung für pflegerische Tätigkeit - leisten. Sie können auch 1 - 1 1/2 Jahre Anlernzeit als Industrienäherin machen; ferner alle Sparten des Wäschereigewerbes kennenlernen. Sie werden mit unendlicher Geduld angeleitet und dazu gebracht, etwas zu arbeiten. Es bleibt jedoch zu tragen, ob sich jemand bei einer so stumpfsinnigen Arbeit wohlfühlen kann. Geradezu herausfordernd aber ist der Fall eines Mädchens mit kaufmännischer Ausbildung, die mangels anderer Beschäftigungsmöglichkeit, im Garten angeleitet wurde.

Der allgemeine Erziehungsstil des Hauses ist durch Ruhe, Ordnung, Achtung vor der Hausordnung und schwesterlicher Autorität sowie Unterdrückung aller vitalen Bedürfnisse gekennzeichnet. Schweigen bei der Arbeit, auf den Gängen, im Schlafsaal, beim Aus- und Ankleiden in der Schwimmhalle, beim Tischdecken und Abräumen, beim Essenaufteilen und Spülen. Wenn die Schwester in die Gruppenräume trat, hatte die Gruppe - auch die Praktikantin - schweigend aufzustehen. Von der Vergangenheit durfte nicht erzählt und auch kein "Schmutz" geredet werden. Um alles "Unsittsame" zu verhindern, muß jede Einzelne zu jeder Zeit das Gefühl haben, beobachtet zu werden. Die Erzieher betonen ihre Autorität, indem sie sich unter allen Umständen am Kopfende des langen Tisches (18 Plätze) aufhalten.

Radio darf nur selten und mit besonderer Erlaubnis gehört werden. Die Fernsehsendungen werden nach dem Programmhinweis aus dem "Berliner Petrus-Blatt" ohne Mitbestimmung der Mädchen von den Schwestern ausgewählt. Bücher und Zeitschriften müssen vor dem Lesen genehmigt werden. Zum Waschen darf man sich nur bis zum Unterrock ausziehen. Es gibt jedoch keine Intimsphäre, vor der der Erzieher halt zu machen hat. Die Post wird kontrolliert, und alle Fächer können jederzeit nach "Ordnung" durchgesehen werden.

Nach der sexuellen Erziehung befragt, wurde mir gesagt, daß die Oberin vor 2 Jahren die Zöglinge 2 Tage zur seminaristischen Durcharbeitung dieses Gebietes unter ihrer Leitung freigestellt hat. Seitdem ist vom Seiten der Schwestern nichts mehr passiert !

Wie ist die Atmosphäre in Konradshöhe ?

Übermütige Spiele, wenn die Praktikantin mit der Gruppe allein ist - ansonsten überwiegend Lügen, Intrigen, Aggression und Drückebergerei.

Verblüffend gegensätzlich wirkt der vielfach moderne Komfort einerseits, handgewirkte Ausstattung der Gruppenräume andererseits, und die mittelalterlich - klösterlich - matriarchalische autoritäre Zucht jenseits.

Diese Atmosphäre ist so durchdringend, daß die Mädchen sie nach kurzer Zeit nicht mehr als fremd empfinden, sondern sich bei mir darüber beklagten, daß meinerseits keine Befehle kommen. Ihrem Milieu werden sie so entfremdet, daß einige sich für die Zeit nach der Entlassung als Erziehungshelferin im gleichen Heim anheuern lassen - die besten Garanten für den Fortbestand des Paradoxen.

LESERBRIEF

Die "SPK " und die "Streikbrecher"

"Unter Streikbrecher", so sagt der Papst des deutschen Arbeitsrechts, Nipperdey, in seinem Standardwerk, dem Lehrbuch des ARBEITSRECHTS, "versteht man A r b e i t s w i l l i g e, die vom Arbeitgeber eingesetzt werden und bereit sind, solche Arbeiten zu verrichten, die sonst nur von den Streikenden besorgt werden, um damit zu erreichen, daß der Streik zum Erliegen kommt oder das Ziel des Arbeitskampfes nicht erreicht wird."

Eine juristische Definition, sicher, aber nicht schlecht geeignet, um an ihr die politischen Absichten derjenigen Kollegen (wie es in der SPK Nr. 4/1969, S. 3 so schön heißt: " ... überwiegend Vormünder ...") zu messen, die auf Geheiß der Verwaltung am Tage des Kindergärtnerinnen-Streiks ihren Dienst in den Kindertagesstätten verrichten mußten.

Schon das Wort "Arbeitswillige" ist in diesem Zusammenhang auf Beamte, die ja bekanntlich in einem öffentlichen Dienst- und Treueverhältnis zum Staat stehen und kein Streikrecht haben, nur bedingt anwendbar. Ihr Wille oder Nichtwille entbindet sie nicht von der zwanghaften Verpflichtung, arbeiten zu müssen, wenn auch - so sicher der Eine oder Andere - mit knirschenden Zähnen. Schon gar nicht trifft aber zu, daß die zu Unrecht so grund- und gedankenlos Beschimpften Arbeiten verrichtet haben oder es auch nur könnten, die sonst nur von den Streikenden besorgt werden. Darüber war sich wohl jeder der Eingesetzten klar: Für die Arbeit der Kindergärtnerinnen war k e i n e r von uns Ersatz, k o n n t e und w o l l t e keiner Ersatz sein.

Sofern die Verwaltung derartige Hoffnungen im Stillen hegte, wurde sie auf nüchternem Magen eines Besseren belehrt, als einige Kollegen in unmißverständlicher Form ihre Sympathien mit den Streikenden bekundeten und es ablehnten, sich als Streikbrecher zu betätigen. Wenn es überhaupt einen Sinn und eine Berechtigung für den Einsatz

gab, dann doch nur den, die bestreikte Einrichtung durch die Gegenwart eines Berufsfremden als eine solche kenntlich zu machen, das Telefon zu besetzen und Kinder, die als unabweisbar gelten mußten, in ihre Obhut zu nehmen, damit sie nicht der Straße überlassen bleiben. Die Entscheidung, welches Kind unabweisbar ist, trafen in der Praxis in den meisten Fällen die als Streik posten eingesetzten Kindergärtnerinnen selbst.

Im übrigen war es wohl von allen an der "Nacht- und Nebel-Aktion" Beteiligten weder die Absicht, den Streik ganz oder auch nur teilweise zum Erliegen zu bringen, noch der erreichte Effekt. Und das Ziel des Arbeitskampfes ist durch den Einsatz der selbst in einem Arbeitskampf stehenden Vormundschaftsbediensteten bestimmt nicht aus den Augen verloren gegangen, eher durch Sympathie - manchmal sogar Solidaritätsbekundungen der "Streikbrecher" noch klarer hervorgetreten.

Im übrigen hatte wohl keine streikende Kindergärtnerin den Eindruck, "Streikbrechern" gegenüber zu stehen. Dafür zeugen nette menschliche Episoden am Rande des Streikgeschehens, beispielsweise das Kaffeekochen für die Streikenden, die freundschaftlich-kollegialen Gespräche über die beiderseitigen beruflichen und finanziellen Wünsche und Forderungen und die Regenschirm - und Unterstell-Aktionen während des langanhaltenden Nieselregens. Fairerweise hätte das Redaktionskollektiv der SPK hier einmal die unmittelbar Beteiligten fragen sollen.

Jawohl, auch die im Vormundschaftswesen Beschäftigten (und spätestens an dieser Stelle verkehrt sich die leichtsinnig und gedankenlos verwendete Formulierung von den "Streikbrechern" ins Gegenteil und schlägt auf die Zeitungsmacher selbst zurück) stehen in einem Arbeitskampf, haben Forderungen und Wünsche angemeldet. In einem Arbeitskampf allerdings, der weniger publikumswirksam ist als ein Streik und mit jenen bescheidenen Mitteln ausgetragen werden muß, die Beamten nun einmal nur zur Verfügung stehen und ihren Kampf bestimmt nicht leichter machen.

Anstatt uns in unseren Bemühungen zu unterstützen, nennt uns das sonst das Gras wachsen hörende Redaktionskollektiv (Einmann-Kollektiv ?) der SPK "Streikbrecher" um eines billigen Effektes willen. Freilich kommt dies den im Vormundschaftswesen Beschäftigten so überraschend n i c h t. Sie liegen - man ist versucht zu sagen: wieder einmal nicht auf der spektakulären Linie; sie sind ja auch nicht im Untertitel der SOZIALPÄDAGOGISCHEN KORRESPONDENZ erwähnt, was gehen sie diese Zeitung also an? Und im übrigen lohnt es sich ihrer ja wohl auch nicht, sie sind in ihrer Gesamtheit (erstaunlicherweise sowohl aus linker als auch aus rechter Sicht betrachtet) schlicht und einfach: --- reaktionär.

Seit Bestehen der SPK wird diese Zeitung als ein Ärgernis betrachtet. Zu Unrecht ???

Wir begannen diesen Artikel mit einer Definition. Wir wollen auch so enden: Die Zeitungsmacher der SPK nennen sich gerne p r o g r e s s i v Progressiv, das heißt fortschrittlich auf der Basis einer stufenweisen Weiterentwicklung. Die Verantwortlichen sollten sich ihre Zeitung von Anfang bis Ende einmal kritisch betrachten. Fortschrittliche, eine stufenweise Weiterentwicklung fördernde und fruchtbare Kritik findet man darin höchst selten, um nicht zu sagen gar nicht. Wohl aber Angriffslust, streitsucht und zwischenmenschlichen Hader förderne Gedanken, alles in allem zusammengenommen Imponderabilien, die man nach einer weiteren Definition mit dem Wort "Aggression" umschreibt.

Habe

NUR WER RUFT, DEM WIRD GEHOLFEN

Immer wieder liest man in Berliner Zeitungen, man habe grundsätzlich nichts gegen Demonstrierer und Protestierer, man habe nur etwas gegen Randalierer. Nun sind "Randalierer" nach unserer Meinung Leute, die laut rufen, wenn etwas nicht stimmt. Die also Krach machen. Daß man Krach machen muß, damit geholfen wird, dafür ist der Fall der Frau H. im Märkischen Viertel ein guter Beweis.

Frau H. ist 60 Jahre alt und wird infolge eines totalen Herzblocks von einem sogenannten "Herzschrittmacher" am Leben erhalten. Sie lebt, aber sie lebt in ständiger Lebensgefahr, falls ihr Herzschrittmacher plötzlich versagt und sie nicht innerhalb von Minuten das Krankenhaus cerständigen kann. Deshalb braucht Frau H. ein Telefon. Das hat sie der Post bereits im Oktober 1968 (also vor 10 Monaten) mitgeteilt.

21. Oktober 1968. Fernmeldeamt 2" . . . leider nicht erledigen läßt, weil die notwendige Anschlußleitung fehlt ".

24. Dezember 1968. Frau H. teilt dem Fernmeldeamt erneut mit, daß sie den Telefonanschluß zum Leben braucht.

10. Januar 1969. Fernmeldeamt 2 " . . . durch Behelfsmaßnahmen ist es uns möglich, Ihrem Antrag früher als ursprünglich vorgesehen zu entsprechen ... hoffen, ... noch im Laufe des Monats Februar 1969 ... "

31. März 1969. Fernmeldeamt 2 " ... auf Grund des schlechten Wetterlage ... leider stark verzögert ... voraussichtlich erst im II. Quartal ... um etwas Geduld ... "

Mai 1969. An einem Sonntag soll das Telefon angeschlossen werden. Es wird aber nicht.

10. Juni 1969. Frau H. telefoniert erneut mit ihrem Fernmeldeamt. Neue Auskunft: vor 1970 ist ein Anschluß nicht möglich.

8. Juli 1969. Frau H. an ihr Fernmeldeamt: " ... die Monopolstellung der Bundespost sollte doch aus ihren Kunden keine lästigen Bittsteller machen ... mit schriftlichen Versprechungen über Monate hinaus hinhält ... "

11. Juli 1969. Der Sachbearbeiter des Fernmeldeamts 2 erklärt auf telefonische Anfrage, Frau H. ist kein Sonderfall. " ... ihr Antrag bedarf keiner besonderen Berücksichtigung ... Lediglich Polizei, Ärzte, Apotheken usw. ... sonst könnte ja jeder kommen, dem ein Arm fehlt ... "

13. Juli 1969. Drei Gemeindewesenarbeiter im MV verleiten ein Flugblatt, auf dem dieser haarsträubende Fall dargestellt wird.

19. Juli 1969. Einige große Berliner Tageszeitungen berichten darüber.

21. Juli 1969. Das Telefon der Frau H. wird angeschlossen. Ein höherer Postarbeiter entschuldigt sich für das Verhalten seiner Mitarbeiter.

Bitte fragen Sie sich, MVZ-Leser, was man tun muß, damit geholfen

wird ? Briefe schreiben, persönlich vorsprechen, telefonisch abwimmeln lassen ? Oder die sogenannte Öffentlichkeit mobilisieren ? Und wenn die drei Gemeindewesenarbeiter am 18.Juli 1969 nicht 500 Flugblätter verteilt hätten ? Würde Frau H. mit ihrem Herzschrittmacher nicht heute noch auf ihr Telefon warten ?

Wir entnehmen den vorstehenden Artikel der Märkische Viertel Zeitung. Die MVZ ist ein Teil dessen, was Sozialarbeiter unter dem Begriff "Gemeinwesenarbeit" dort tun. Wir wollen uns in der nächsten Ausgabe der SPK etwas ausführlicher mit der Sozialarbeit im Märkischen Viertel beschäftigen, um von den Erfahrungen und auch von den Fehlern zu lernen, die gemacht werden.

Für die etablierte Sozialarbeit in den Ämtern ist der geschilderte Fall exemplarisch. Was hätte der Sozialarbeiter im Amt getan, tun können, um der Frau zu helfen ? - Der Sozialarbeiter hätte ebenfalls beim Fernmeldeamt angerufen, hätte eingesehen, daß aufgrund der schlechten Wetterlage oder weil keine Anschlußmöglichkeiten vorhanden sind, das Telefon nicht gelegt werden könnte. Der Sozialarbeiter hätte der Frau mitleidsvoll einige Worte gesagt und hätte dann nicht weitergewußt. - Daß man gewisse Formen der studentischen Rebellion - die ja Erfolge gezeitigt hat - für die Sozialarbeit übernehmen müßte, ist wohl vielen Kollegen nicht begreiflich zu machen.

Man könnte sich z.B. auch vorstellen, daß bei Exmittierungen anders verfahren wird, als es behördlich gehandhabt wird. Man könnte von der Voraussetzung ausgehen, daß Grundbedürfnisse des Menschen nicht zum privaten Gewinn ausgenützt werden dürfen, daß also der kapitalistischen Ausbeutung des Bedürfnisses, daß Menschen ein Dach über dem Kopf haben müssen, ein Ende gemacht werden muß. Der Sozialarbeiter müßte sich daher mit den Klienten solidarisieren und durch Mobilisierung der Öffentlichkeit einen Druck auf Verwaltung und Gesetzgeber bewirken, ausreichenden und im Preis angemessenen Wohnraum zu beschaffen.

Wie anders als durch die Aktionen der außerparlamentarischen Opposition ist der Senat veranlaßt worden, die Einführung des Weißen Kreises zu verschieben ?

Wir müssen auch in den Ämtern neue Formen der Sozialarbeit finden.

Hans Zulliger würde sich im Grab umdrehen...

Mit dem folgenden Beitrag soll der Versuch unternommen werden, den Geschehensablauf, der zu einer Konfliktsituation im Hans-Zulliger-Haus (HZH) führte, zu dokumentieren.

Das HZH, vormals "Grünes Haus", ist ein psychiatrisches- psychologisches Beobachtungsheim für männliche Jugendliche des Senators für Familie, Jugend und Sport.

Am 1.1o.1969 begann ich mein Berufspraktikum in der Fürsorgeabteilung des HZH. In den ersten Arbeitstagen war ich bestrebt, mir einen Überblick über mein zukünftiges Arbeitsfeld zu verschaffen. Unter anderem führte ich dazu auch Gespräche mit Mitarbeitern und Jungen des Hauses. Diese Mitarbeiter äußerten ihre Unzufriedenheit über das Arbeitsklima im HZH. So wurde bemängelt: die unzureichende Zusammenarbeit der Mitarbeiter, das Fehlen eines pädagogischen Konzepts, die Überheblichkeit einiger Mitarbeiter der medizinisch-psychologischen Abteilung, der Widerstand gegen demokratische Arbeitsformen (so wurde z.B. eine Heimzeitung der Jungen erst nach erheblichen Widerständen und ständigen Verzögerungen herausgegeben).

Auch unter den untergebrachten Minderjährigen schwelte seit einigen Wochen eine gewisse Unruhe (so einige Mitarbeiter des HZH). Diese schwelende Unruhe kam dann am 7.1o.69 zum Ausbruch.

Am Morgen dieses Tages beschloß ein Teil der Jugendlichen die sonst übliche Arbeitsaufnahme zu verweigern und kündeten einen Hungerstreik an, um folgende Forderungen durchzusetzen.:

1. Die Körperwäsche soll künftig nach Bedarf und nicht wie z.Z. nur jede Woche einmal, egal wie verschmutzt sie ist, gewechselt werden können.
2. Die Urlaubszeiten sollen - gestaffelt nach Altersstufen - erweitert werden: Auch 19-jährige müssen am Wochenende, wenn sie überhaupt Ausgang erhalten, spätestens um 21 Uhr wieder im Heim sein, das zudem weit vom Stadtkern entfernt liegt.
3. Die Arbeitsentlohnung (z.Zt. 2o Pfennig pro Stunde, höchstens acht Mark in der Woche) soll gerechter gestaffelt werden. Willkürliche Abzüge durch die Erzieher soll nicht mehr möglich sein.
4. Qualitative und quantitative Verbesserung der Verpflegung.
5. Mitbestimmung bei der Ausarbeitung einer Hausordnung (ein Neuentwurf wurde ohne Hinzuziehung der Jungen erstellt).

In den nun folgenden Stunden versuchten die Erzieher des Hauses auf die Jungen einzuwirken. Dieser Versuch scheiterte. Der darauf um Hilfeleistung gebetene stellvertretende pädagogische Leiter lehnte eine Hilfe mit der Begründung ab, daß hierunter das Image der Erzieher leide, wenn in solch kritischen Situationen er als eine "Autorität" herangezogen würde.

Nachdem die Jungen den Versuch unternommen hatten, die Presse und den SFB (Sender Freies Berlin) zu informieren, wurde der Leiter des Hauses, der sich zu dieser Zeit in einem Kongress befand, um Hilfe gebeten. Als er gegen Mittag im Heim eintraf, versuchte er, Gespräche mit den Jungen zu führen. Dieser Versuch mißlang, da die Jungen nur in einer Gruppe zur Sache verhandeln wollten, er aber jeden einzeln zu sich rief.

Als später ein Junge, der am Vormittag nicht im Heim war, sich (in Unkenntnis der Situation) doch zum Essen setzte, kam es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen ihm und einem anderen Jugendlichen. Vermutlich stellte diese Auseinandersetzung für die Leitung des Hauses den "Endpunkt ihrer Geduld" dar. Denn jetzt wurden Maßnahmen von Seiten des Hauses eingeleitet mit dem Ziel, den

"Heimfrieden" wieder herzustellen. Alle diese Maßnahmen wurden unverzüglich getroffen, d.h. es ging keine Mitarbeiterbesprechung oder Teamentscheidung voraus:

- ein 17 jähriger Jugendlicher, den man als "Streikführer" ansah wurde sofort aus dem Heim entlassen, obwohl man wußte, daß er im mütterlichen Haushalt nicht aufgenommen werden würde (offizielle Begründung: Begutachtung abgeschlossen, eine FEH oder FE bestand nicht)
- ein Minderjähriger wurde in die geschlossene Abteilung verlegt
- ein Minderjähriger wurde in die Jugendhilfsstelle verlegt
- ein Minderjähriger wurde in den Jugendhof verlegt.

Durch diese Maßnahmen wurde die Unruhe etwas eingedämmt, jedoch nicht beseitigt.

Denn am nächsten Morgen streikte ein Teil der Jugendlichen weiter. Ein anderer Teil hatte aufgrund der "Überzeugungsarbeit" einiger Mitarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Die anderen Jungen nahmen jedoch am Vormittag ebenfalls ihre Arbeit auf, nachdem sie vor die Alternative gestellt wurden, entweder zu Arbeiten oder aber in den Jugendhof verlegt zu werden.

Spätestens jezt wäre in meinen Augen eine Dienstbesprechung fällig gewesen, diese wurde jedoch erst für die folgende Woche in Aussicht gestellt.

Nach meiner Einschätzung waren die Forderungen der Jugendlichen berechtigt. Die Heimleitung hätte in pädagogisch demokratischer Weise mit den Jugendlichen verhandeln und die Forderungen akzeptieren müssen. Doch die Reaktion der Heimleitung, die ohne jede Diskussion "zuschlug", ließ mir keine andere Möglichkeit, als andere Gruppen außerhalb des Heimes zu informieren, wobei ich eine Veröffentlichung im "Berliner-Extra-Dienst" einkalkulierte. Der ED brachte daraufhin am 11.1o.69 einen Artikel zur Situation im HZH.

Dieser Artikel brachte eine Situation ins Rollen, die voraussehbar war und als solche typisch zu bezeichnen ist.

Ich gebe zu, daß der ED-Artikel einige Unrichtigkeiten enthielt, die jedoch für den Aussagewert unbedeutend waren. Für mich trat der Mechanismus "Druck und Gegendruck" in Aktion.

Plötzlich war es möglich gleich zwei Dienstbesprechungen des med./psych. Personals und eine generelle Mitarbeiterbesprechung innerhalb von acht Tagen durchzuführen. Ferner fanden in der gleichen Zeit drei Gespräche des Leiters, Dr. Hartmann, mit mir statt.

Tenor zweier dieser Dienstbesprechungen und der Gespräche des Leiters war, daß mein Verhalten auf das Schärfste zu rügen sei, verbunden mit einer Vielzahl persönlicher Angriffe, z.B.: "wenn sie auch noch nach unseren Argumenten meinen, daß die Forderungen der Jungen berechtigt sind, dann sind sie ein Lügner", wobei sein Argument war, daß die Jugendlichen verwahrlost wären, also natürlich arbeitsunwillig, und daß sie deshalb gar nicht fähig seien, begründet zu streiken.

Als Alternative sah man innerhalb des Hauses die Veröffentlichung einer Gegendarstellung im ED durch mich.

Ich versuchte in den folgenden Tagen meine Haltung zu diesem Problem verbal und schriftlich innerhalb des Hauses zu verdeutlichen. Aber ohne Erfolg. Man "könnte mein Verhalten nicht verstehen," nicht begreifen","meine Kritik sein unwissenschaftlich", "ungenügend reflektiert", "nicht sachkündig", "illoyal".

Am 23.1o. war dann der Höhepunkt des Konfliktes erreicht. Nach einer Mitarbeiterbesprechung des med./psych. Personals, an der ich nicht teilnehmen konnte wurde beschlossen, daß man mit mir nicht länger zusammenarbeiten könne, da "meine Handlungen und Verhaltensweisen zu der Haltung des Hauses und den dort herrschenden Gepflogenheiten im Widerspruch stünden" und man auch nicht gewillt sei, ein solches Verhalten in Bezug auf das Haus für legitim zu erklären.

Die angebotenen Alternativen sahen für mich vor, eine "Versetzung in ein anderes Dienstverhältnis im stillen Einvernehmen" oder aber "ein Aufrollen" der ganzen Sache.

Daraufhin wechselte ich "freiwillig" durch die Vermittlung der zuständigen Senatsdienststelle meine Praktikumsstelle.

Genau an dieser Stelle beginnt mein persönlicher Konflikt. Um der Sache willen hätte ich den Konklikt weiter austragen und durchstehen mussen. Diesem "Durchhaltevermögen" stand mein persönliches "Sicherheitsbedürfnis" entgegen. Ich bin überzeugt, daß es bei einer Austragung des Konfliktes bis zur letzten Konsequenz für mich so gut wie unmöglich gewesen wäre mein Praktikum in Berlin fortzusetzen (Beispiele aus der Praxis gibt es dafür genug). Somit resignierte ich in einer Situation, in der man eigentlich durchhalten müsste.

Mein Beispiel zeigt auch, wie schwierig es ist, Probleme provokatorisch anzugehen, um Veränderungen in der Praxis zu erzielen. (Zufragen bleibt aber, ob mein Verhalten von Provokation gekennzeichnet war - vielleicht entsteht auch an dier Frage eine Diskussion ?).

Ich glaube aber, daß es nur deshalb schwierig war, weil, ich in der Vereinzelung tätig wurde. Ein kollektives Handeln, ein solidarisches andeln, hätte in dieser Situation bestimmt mehr be wirken können und zu anderen Konsequenzen geführt.

Aber genau dieses Problem findet sich bestimmt nicht nur im HZH ! Vielmehr dürfte es symptomatisch für eine Vielzahl von Institutionen und nicht nur im sozialen Feld sein !

IN GLIENICKE HERRSCHEN WIEDER RUHE UND ORDNUNG

Im Juli dieses Jahres tauchten 5 Jungen zwischen 9 und 13 Jahren, die von verschiedenen Kinderheimen aus auf Trebe gegangen waren, in einer Kreuzberger Genossen - Kneipe auf und fragten nach einer Unterkunft. Einige Genossen nahmen die Kinder spontan bei sich auf. Das Bedürfnis, die neue Situation gemeinsam zu diskutieren, veranlaßte die Genossen, die sich z.T. zuvor gar nicht gekannt hatten, zusammenzutreten; auf diese Weise konstituierte sich unser Arbeitskreis. Es bestand Widerstand auf Seiten der Kinder und der Genossen, die Trebe - Jungen in ihre Heime, aus denen sie nicht grundlos abgehauen waren, wieder einzuliefern. Es wurde aber sehr bald klar, daß wir nicht in der Lage waren, den Kindern das Maß an kontinuierlicher Zuwendung zu geben, das sie nötig hatten; ihnen eine private Idylle auf Zeit zu verschaffen, schien uns unverantwortlich. Es blieb für uns also, da wir es ablehnen mußten, die Jungen legal oder illegal an unserem Privatleben zu beteiligen, nur der umgekehrte Weg: uns mit ihnen gemeinsam in die Heimsituation zu begeben.

Mithilfe des Einsatzes eines progressiven Heimreferenten erreichten wir, daß die Kinder gemeinsam in einem als liberal geltenden heilpädagogischen Heim untergebracht wurden: im Kinderheim Jagdschloß Glienicke. Wir trafen mit der Leiterin, Frau Nielsen, u.a. folgende Vereinbarungen:

- Wir, die "Studenten" - Gruppe als Betreuer der Kinder, sollten freien Zugang zum Heim haben, die Kinder dort besuchen können, auch zu anderen Kindern Kontakte herstellen, mit den Kindern Schularbeiten machen etc.
- Zwei Genossen sollten als Aushilfserzieher (also Senatsangestellte) in der fraglichen Gruppe sich der Trebe - Jungen intensiv annehmen.
- Ein weiterer Genosse sollte eine Anstellung als Bademeister erhalten.

Am 1.9. begannen diese Genossen ihre Arbeit in Glienicke. Direkt unterstützt wurden sie durch zwei progressive Erzieherinnen und einen studentischen Praktikanten, die sich unserer Gruppe anschlossen.

Wir tagten regelmäßig außerhalb des Heims, um eine Strategiediskussion in Gang zu setzen und die nächsten Schritte festzulegen. Die Erarbeitung eines verbindlichen Gruppenkonzepts trat zurück hinter die Erörterung aktueller Probleme. Es läßt sich aber trotzdem sagen, daß unsere Arbeit zunächst auf drei Ebenen zu verlauten hatte und verlief:

Die Arbeit mit den Kindern

Wie schon in der Trebe-Zeit ging es darum, die Kritik, die die Kinder ständig massiv vorbringen, artikulieren zu helfen, sinnvolle Spiele mit ihnen auszuprobieren, dem Ordnungs- und Sauberkeitsdrill, der den einzigen pädagogischen Inhalt im Heim darstellt, Lern- und Befreiungsmöglichkeiten für die Kinder gegenüberzustellen, durch Identifikation mit den Bedürfnissen der Kinder die autoritäre Distanz zu ihnen aufzuheben.

Wie geschah dies praktisch ?

Wir machten Wandzeitungen mit den Kindern, ließen sie anstelle formaler Fibelsprache ihre eigentümliche Sprache in Aufsätzen zu Papier bringen, bemühten uns darum, ein Kindertheater und eine Beatband ins Heim zu holen, brachten die erste Nummer einer Kinderzeitung heraus etc.

Zusammenarbeit mit den Erziehern

Wir hatten den Plan, die Erzieher für einen AK zu gewinnen, in dem wir die Situation von Heimkindern und Erziehern gemeinsam analysieren wollten, Modelle für eine Heimdemokratisierung diskutieren etc.

Was wurde aus diesem Plan ?

Nach unseren ersten Kontakten mit den Erziehern stellten wir fest, daß wir einen Fehler gemacht hatten, indem wir die Erzieher aus der Optik der Kinder betrachtet hatten - ohne zu beachten, daß sie ihre Unterdrückerfunktion ja nur notgedrungen ausüben, daß diese ihre Not (katastrophale Arbeitssituation, schlechte Berufsausbildung) sie zu potentiellen Bündnispartnern macht in unserem Kampf um eine grundlegende Änderung der Bedingungen in den Heimen und des Erziehungswesens überhaupt. In Zusammenhang hiermit steht der historisch früher erfolgte Fehler, der uns unterlief, als wir unser Eindringen in das Heim ausschließlich über Heimleitung und Senatsbürokratie planten und durchsetzten - unter Nicht-Anhörung der Erzieherschaft ! Die Folgen dieses schweren Fehlers boykottierten unsere Arbeit von Beginn bis Schluß - die Erzieher wurden den Eindruck, überfahren und ignoriert worden zu sein (der ja richtig war), trotz aller Kooperationsversuche unsererseits nicht mehr los. Entsprechend schmal blieb unsere Basis bei ihnen.

Auseinandersetzung mit Heimleitung und Senat

Durch unsere Versuche, mit den Kindern freier zu arbeiten und die Erzieherschaft zur Mitarbeit zu bewegen, ergaben sich zwangsläufig Auseinandersetzungen zwischen uns auf der einen, der Heimleitung und dem Senat auf der anderen Seite.

Unsere Kritik an der herrschenden pädagogischen Praxis, die vorwiegend konstruktive Momente enthielt, versetzte zwar die Leitung und zeitweise auch den Senat (große Anfrage im Abgeordnetenhaus) in Unsicherheit - leider aber die Erzieher noch mehr. Um den Seant unter Druck setzen zu können - dazu waren wir zu schwach. Vor allem fehlte uns der Rückhalt in der Erzieherschaft. Den hätten wir nur mit einer langfristigen Zusammenarbeit gewinnen können. Es kostete die Heimleitung also gar nichts, uns schließlich unter ein paar Vorwänden an die Luft zu setzen.

Die Konflikte, die zu unserem Rausschmiss führten, entwickelten sich innerhalb der ersten Wochen, während derer wir in der oben

skizzierten Weise unsere Arbeit aufnahmen. Zur gleichen Zeit setzten die Heimleitung sowie die reaktionäre Fraktion der Erzieherschaft mit dem ewig-rechten Lamento um den Verlust von "Ruhe und Ordnung" ein. Sie inszenierten einen fast panischen Widerstand gegen unsere Initiativen. Hinter jedem Wort, das wir an die Kinder richteten, witterte die Reaktion Verhetzung, hinter jedem Spiel die Probe zum Aufstand. Was sie befürchtete, war der Umsturz einer Ordnungsfassade, hinter der die schöpferische Lebendigkeit der Kinder gewaltsam diszipliniert wird, war die Entlarvung einer Caritas-Ideologie , die den Erziehern unter Verweis auf Dienst am Nächsten das Letzte abverlangt - gegen schäbige Entlohnung, unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen. Aber weder Aufstand noch Entlarvung haben wir de facto zu Wege gebracht, es blieb bei Ansätzen, die dennoch ausreichten, um harte Sanktionen zu provozieren. Ohne daß es zu spektakulären Ereignissen gekommen wäre, ging die Heimleitung, wohlwollend unterstützt vom Senat, dazu über, den Platz wieder zu säubern - und zwar unverzüglich und unter pausenlosem, hysterischen Sich-Berufen auf ihre Pflicht zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Als erstes traf es die Kinder. Entsprechend der Rädelsführertheorie wurden zwei unserer "Trebe - Jungen" "verlegt". Den Vorgang seiner Verlegung schildert in der Kinderzeitung der 11-jährige Jörg M.: "Frau Nielsen (die Heimleiterin) hat zu mir und Rudi gesagt, wir sollen die Scheibe von der Turnhalle kaputtgemacht haben. Aber wir haben zu Frau Nielsen gesagt, daß wir es nicht waren, das waren Uwe und Detlev. Aber das wollte uns Frau Nielsen nicht glauben. Da hat Frau Nielsen gesagt: "Rudi, Jörg, holt mal Handfeger und Müllschippe." Da haben wir die Müllschippe und Handfeger geholt. Da hat Frau Nielsen gesagt: "Rudi, hol mal schnell noch den Besen." Als Rudi weg war, hat Frau Nielsen mir am Arm genommen und in's Auto verschleppt. Ich habe gesagt, daß es feige war, fünf Mann auf ein Kind. Da hat Frau Nielsen gesagt:" Das ist deine Schuld gewesen. Warum bist du in der Turnhalle gegangen." Da habe ich gesagt: "Wenn andere Kinder darein gehen, da sagen Sie gar nichts, aber wenn wir in die Turnhalle gehen, da sagt man immer - ja, die waren in der Turnhalle, die kommen in ein anderes Heim - . "Da habe ich mal gesagt: "Wir werden immer nur bestraft, weil wir von den Studenten kommen, deshalb geben sie uns immer die Schuld."

Als nächstes wurde den beiden Schularbeitenhelfern sowie dem Bademeister das "Gastrecht entzogen". Anlaß: die Kinder hatten ihre Zimmerwände mit Parolen bemalt. Eine Senatskommission untersuchte den Fall und äußerte uns gegenüber heuchlerisch Schlichtungsabsichten. Als die Genossen eine präzise Begründung für ihren Rausschmiss verlangten, drohte die Heimleitung mit der Polizei. Als wir geschlossen eine offene Diskussion der Vorfälle (und zwar in Glienicke, mit derErzieherschaft !) forderten, antwortete der Senat mit einer Umwandlung des Gastrechtentzugs in ein Hausverbot; dieses Hausverbot, so hörten wir, gelte pauschal für "die Studenten" als soziale Gruppe. Wir wandten uns mit einem Flugblatt an die Erzieherschaft:

" . . . Wir Wiederholen: Fachkräfte zur inhaltlichen Beschäftigung der Kinder müssen ins Heim ! Studentische Schularbeitenhelfer sind vordringlich wichtig. Deshalb dient ein generelles Zerwürfnis Heimleitung - Studentenschaft niemand - und es schadet den Kindern.

Bei der letzten Sitzung der Erzieherkonferenz diskutierten wir über den Plan, einen unabhängigen AK für Erzieher und Studenten zu gründen. Wie stark das Mißtrauen der Heimleitung gegenüber dieser Initiative ist, zeigt beispielhaft die Reaktion einer Erzieherin auf unsere Einladung, am AK für Erzieher und Studenten teilzunehmen: 'Wenn Frau Nielsen das erfährt, kann ich morgen meine Koffer pakken.'"

Getreu der neuen Senatstaktik, möglichst alle Studenten oder studentenähnliche Individuen veom Heim fernzuhalten, wurde auch das von uns vorgeschlagene Kindertheater sowie die Beatband mit dem Hinweis auf Geldmangel abgewiesen, obwohl die Genossen sich bereiterklärt hatten, zunächst unentgeldlich für die Kinder, bzw. mit ihnen, zu spielen.

Die beiden im Heim verbliebenen Genossen, die als Erzieher arbeiten und wegen ihres Vertrages nicht gar so leicht zu entfernen waren, sammelten inzwischen bei den Kindern Beiträge für eine Heimzeitung. Sie gingen diesmal nicht den Weg. ihre Initiative im Heimleiterbüro anzumelden und geduldig auf Ablehnung zu warten, sondern stellten die Zeitung her und verteilten Probeexemplare an die Erzieher. Die Reaktion war einhellig positiv. Mit großer Mehrheit beschlossen die Erzieher auf einer Konferenz, die Zeitung (die äußerst kritische und aggressive Kinderartikel enthielt) unzensiert an die Kinder zu verteilen und weitere Nummern vorzubereiten. Bevor es zur Aktion kommen konnte, intervenierte der Senat: ohne Genehmigung der Leitung könnte keine Verteilung stattfinden. Selbstverständlich genehmigte die Leiterin die Zeitung nicht, sondern feuerte lieber (unter fadenscheinigen Vorwänden) deren Initiatoren.

Was haben wir erreicht ?

Für die Kinder sehr wenig bis gar nichts. Die Jungen, in deren Entweichung unsere Arbeit ehemals ehren subjektiven Ansatz gefunden hatte, sind heute wieder auf Trebe. Für die anderen Kinder ist nach großen Versprechungen und kleinen Anfängen: Schularbeitenhilfe, Kinderzeitung (die wir trotz Verbot verteilt hatten), bloß Enttäuschung übriggeblieben und damit zunächst eine Verschlechterung ihrer Situation.

Bei einigen Erziehern mag ein Lernprozeß in Gang gesetzt worden sein - Ansätze einer kritischeren Einstellung gegenüber Leitung und Sen. Ob diese jedoch ausreichen werden, die Erzieher insgesamt zur Selbstorganisation zu mobilisieren, erscheint recht zweifelhaft. Die beiden mit uns sympathisierenden Erzieherinnen müssen fürchten, gekündigt zu werden. Sie haben sich vorerst von unserem AK zurückgezogen aus Enttäuschung darüber, daß wir nicht in der Lage waren, sie langfristig solidarisch abzustützen.

Aus unserem letzten Flugblatt an die Erzieher:

"Der Senat und die Heimleitung haben wissentlich und absichtlich den Konflikt mit den Studenten provoziert. Worum ging es der Heimleitung und dem Senat, als sie der Erzieherschaft die Studenten einfach vor die Nase setzten ? Etwa um Beheimatung schwieriger Kinder, um Entlastung der Erzieher, um neue pädagogische Modelle ? Keineswegs. Die Heimleitung spekulierte auf uns als einen Hebel zur Loslösung von Geldern etc. beim Senat. (Sollte solch ein Druck nicht demokratischer- und couragierterweise von Heimleitung und Erzieherschaft selbst ausgeübt werden ? ?)

Dem Senat ging es darum, durch rasche Rückführung der Trebe-Kinder öffentliche Aufmerksamkeit von der katastrophalen Heimsituation wegzulenken, möglicherweise billige Mitarbeiter zu bekommen und kritische Stimmen zu integrieren und damit zu entschärfen."

Unsere Fehler: Ungeduld und ein falsches Verhalten gegenüber den Erziehern. Ein Bewußtsein der Unterdrückung ist bei den meisten Erziehern durch aus vorhanden, wird aber notwendig verdrängt, da das Gefühl von Ohnmacht stärker ist. Die Kommunikation unter den Erziehern ist so schwer herzustellen, daß man viel langfristiger, als wir es hätten leisten können, im Heim zu arbeiten sich entschließen müßte. Sinnvoller scheint es daher, an den Ausbildungsstätten konsequent zu arbeiten, Arbeitskreise zu veranstalten, in denen die Ausbildung inhaltlich kritisiert und ihre Veränderung vorbereitet wird, die jungen Erzieher, die sich ja gleichzeitig in der Praxis schon befinden, zu kritischem Verhalten in den Heimen anzuregen sowie Mißständen in den einzelnen Erziehungsanstalten an die Öffentlichkeit zu tragen etc.

Unser AK hat sich nach dem Scheitern des Versuchs in Glienicke mit der Gruppe Heimerziehung aus dem AKS zusammengetan. Hier ist die Diskussion um eine verbindliche Strategie noch nicht abgeschlossen. Es scheint aber festzustehen, daß wir den Schwerpunkt auf Agitation im Ausbildungssektor zu verlegen haben werden.

anmerkung des AK heimerziehung

An den beiden Beiträgen über Konflikte im HZH und im "heilpädagogischen"Kinderheim Jagdschloß Glienicke zeigt sich erneut die Misere der Berliner Heimsituation.

1. In beiden Fäffen wird der Versuch unternommen auf die realen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einzugehen und zu akzeptieren.

2. Diese vitalen Bedürfnisse der Jugendlichen und Kinder werden mit Hilfe einer ideologisch-empiristischen Psychologie (HZH) und einer verfälschten Psychoanalyse (2 Psychagogen in Glienicke) zu Verwahrlosungssymptomen und neurotischen Symptomen gemacht, denen dann nur mit Hilfe eines festen Rahmens von Ordnung und Sauberkeit gegegnet werden kann.

3. In diesem Sinne haben Heime und auch sogenannte liberale Heime zu funktionieren, d.h. die Aufgabe der Erzieher besteht darin, Ordnung und Sauberkeit aufrechtzuerhalten.

4. Erzieher, die sich auf die Seite der Kinder stellen, streuen Sand ins Getriebe der Aufbewahrungsanstalten, sie müssen gehen.

Es ist der falsche Weg, wenn solche Erzieher, sich im Einzelkampf aufreiben und dann resignieren. Es ist notwendig, daß alle Erzieher, die keine Lust haben, Funktionäre einer Heimmaschine zu sein, sich zusammenschlißen und gemiensam überlegen, wie ihre und die Interessen der Kinder durchgesetzt werden können.

AK Heimerziehung im AKS
Tel. 32 12 60

Nachrichten

Sozialpädagogische Fortbildungsstätte Haus Koserstraße:

Der ursprünglich in den Ämtern und Verbänden für den 3. 12. 1969 angekündigte Vortrag von Dr. Martin Faltermaier über das Thema " Eine veränderte Jugend - das Ende der Jugendpflege ? " findet bereits am 26. 11. 69 um 9 Uhr statt.

AKS - PLENUM

26. 11. 1969

18 UHR

IM HAUS DER FALKEN

1 Berlin 42 , Albrechtstraße 107/108

Die Arbeitsgruppe Funktion und Ideologie der Sozialarbeit wird ihre Ergebnisse dem Plenum zur Diskussion stellen. Ein Informationsflugblatt mit der Tagesordnung wird zum Termin rechtzeitig an alle Berliner Sozialarbeiter gehen. Außerdem wird das Arbeitspapier der Gruppe hektographiert und als Diskussionsgrundlage jedem Teilnehmer des Plenums zur Verfügung stehen.

Termine

Arbeitskreis der Sozialpädagogen im RC
trifft sich jeden 1. und 3. Montag im Monat.
Nächste Termine : 17.11. und 1.12.69

BEZIRKSGRUPPEN DER KINDERGÄRTNERINNEN

Spandau zum nächsten Termin am 12. November um 18 Uhr in 1 - 20, Brunsbüttler Damm 17 (Ladenkirche)

Reinickendorf jeden 2. und 4. Montag um 18 Uhr im Forum des Märkischen Viertels, Wilhelmsruher Damm 192

Zehlendorf Bezirksgruppe der Kindergärtnerinnen jeden 2. und 4. Montag 20 Uhr im Nachbarschaftsheim Mittelhof 1 - 37, Königstraße 42
Telefon: 84 14 13 oder 80 10 31

Wilmersdorf Arbeitsgruppe evangelische Kindertagesstätten am 12. 11. 69 um 17 Uhr 30
1 - 31, Münstersche Straße 8 Kita Danielgemeinde

Tempelhof am 12. 11. 69 um 20 Uhr evangelische Kindertagesstätte 1 - 42, Götzstraße 28
nächster Termin : 10. 12. 69
(jeder 2. Mittwoch im Monat)

Mittwoch, den 19. 11. 1969 15 Uhr im R C
Delegiertentreffen zur Vorbereitung eines Seminars über die Problematik der Arbeit mit Randgruppen

AKS - ZENTRUM

1 - 21, Emdener Straße 27 Telefon: 35 68 44

Jeden Sonntag 17 Uhr Sitzung des Redaktionskollektivs
Nächster Termin 23. 11. 1969

Jeden Sonntag 19 Uhr Heimgruppe

Jeden Dienstag 19 30 Arbeitsgruppe Funktion und Ideologie der Sozialarbeit

Spendenkonto

Wir bitten Spenden und Unkostenbeiträge einzuzahlen
auf das
Postscheckkonto Berlin West
10 10 85
Manfred Rabatsch - Sozialpädagoge - Sonderkonto
1000 Berlin 21, Emdener Straße 27

Verantwortlich für den Inhalt:

Redaktionskollektiv

Ingeborg Laaser

Anschrift:
Sozialpädagogische Korrespondenz
1000 Berlin 21 (Moabit) - Emdener Straße 27
Telefon: (0311) 35 68 44

in dieser ausgabe